

Kein Job, weil Muslimin

Die Kärntner Ärztin Z. C. hat sich an die Gleichbehandlungskommission gewandt. Weil sie Muslimin ist, bekam sie einen Job nicht, sagt sie

Was ist passiert? Im Mai promovierte Z. C. zur Doktorin der Medizin. Anfang Juli hörte sie dann von einem praktischen Arzt in Kärnten, der dringend jemanden für seine Praxis suchte. Die beiden telefonierten, zwei Tage später fuhr sie zu ihm. Der Arzt zeigte ihr die Ordination und stellte sie bereits als die neue Mitarbeiterin vor. Z. C. reichte der Frau des Arztes ihren Lebenslauf. Diese warf einen kurzen Blick darauf.

"Sie sind in der Türkei geboren", sagte die Frau des Arztes, "was haben Sie denn für eine Religionszugehörigkeit?" "Muslimisch", antwortete die Bewerberin.

Zuerst schaute die Frau etwas eigenartig. Dann brach ein Redeschwall los. Sie wolle nicht, dass eine Muslimin in der Ordination arbeite. Nein, auf keinen Fall. Frauen würden im Islam unterdrückt. Oh ja, sie könne muslimische Frauen sehr wohl akzeptieren, aber eben nur, solange sie in der Türkei blieben. Und außerdem würden all jene umgebracht, die konvertieren wollen, warf der Mann noch ein. Am Ende der wilden Debatte sagte er dann, er würde sich das mit der Anstellung noch überlegen. Am nächsten Tag sagte er Z. C. ab.

Die Ironie der Geschichte: Z. C. gehört zu den Aleviten, die eine liberale Form des Islam leben. Sie haben keine festen Gebetszeiten, keinen Muezzin, keine Moschee und tragen kein Kopftuch. Männer und Frauen sind gleichgestellt.

Z. C. ist in Österreich aufgewachsen, ist hier zur Schule gegangen und hat hier studiert. Sie hat helle Hautfarbe und war bisher kaum mit Diskriminierung konfrontiert. Deshalb war der Schock über den Vorfall für sie besonders groß. "Es war demütigend", erzählt sie.

Mit der Unterstützung von Zara, einer Anti-Rassismus-Initiative, reichte Z. C. einen Antrag bei der Gleichbehandlungskommission ein. Das Verfahren läuft. Es geht ihr nicht um finanzielle Entschädigung oder um einen Job bei dem Ärztepaar. "Ich will Genugtuung. Die beiden sollen ihr Unrecht einsehen." (me, Der Standard, Printausgabe 5./6./7.1.2007)